

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 80 (2002)
Heft: 1

Artikel: Ökonomie des Glücks als Erfolgsrezept der Nachkriegszeit
Autor: Hilber, Kathrin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341668>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ökonomie des Glücks als Erfolgsrezept der Nachkriegszeit

Die Globalisierung hat nicht nur Massstäbe verändert und Raum und Zeit aufgelöst, sondern dem Wandel auch ein neues Gesicht gegeben. Wo früher die Politik Rahmenbedingungen setzte, entscheiden heute die globalen Finanzmärkte. Früher

Kathrin Hilber

war es umgekehrt. Das wird dort besonders sichtbar, wo sich die Beschleuniger und die Entschleuniger am notwendigen und wünschbaren politischen Veränderungspotenzial reiben, wo sich Traditionen auflösen oder wo Werte die Seite wechseln. Früher galt die Linke als treibende Kraft für Veränderung. Heute steht sie im Zwiespalt zwischen der multikulturellen Faszination der Globalisierung und dem Bewahren der traditionellen Werte. Und die Konservativen von damals haben im Windschatten der Neoliberalen neue Wege entdeckt, die in vielen Bereichen das demokratische System in seinen Grundwerten berühren und verändern. An den Grundmustern von Liberalisierung, Privatisierung, und Entdemokratisierung wird diese politische Reibung greifbar. Zu Recht taucht dabei die Frage auf: Wie sieht eine linke Wirtschaftspolitik in diesem Spannungsfeld aus?

Die Ökonomie des Glücks als Erfolgsrezept

Was immer man unter Werner Vontobel's Begriff einer «Ökonomie des Glücks» verstehen mag, eines ist sicher: Es ist das Ver-

dienst der Linken, dass der Wohlstand in den letzten Jahrzehnten sozialisiert wurde. Es ist das Ergebnis ihrer Politik, dass beispielsweise das Bildungssystem für alle geöffnet wurde, dass die Sozialversicherungen auch diesen Namen verdienen und dass Frauen stimm- und wahlberechtigt sind!

Die Erfolgsgeschichte basiert auf dem Kolonialisierungskonzept der Nachkriegsjahre. Auch die Wirtschaftspolitik von damals war geprägt vom Prinzip des Marktes, der neuen Bedürfnisse erschliessen, sie lenken und gleichzeitig befriedigen sollte. Die daraus entstehenden Arbeitsplätze sicherten die Vollbeschäftigung und diese wiederum garantierten, dass das erworbene Geld über den Konsum von Gütern in die Wirtschaft zurückfliessen konnte. Die Linke und die Gewerkschaften haben diesen Kreislauf mitunterstützt und ihn auch für ihre Politik genutzt. Der Einstieg der Frauen in den Arbeitsmarkt oder die Lohn- und Sozialpolitik, die Verbesserung der Rechte der Arbeitnehmenden sind einige Ergebnisse des Konzeptes, das beiden Seiten eine Basis für die Verwirklichung ihrer Wertvorstellungen brachte. Noch heute ist übrigens dieser Kreislauf zwischen Angebot und Nachfrage ein wichtiges Prinzip, und die Linke argumentiert auch heute noch bei Lohnverhandlungen mit dem Argument, dass nur die gute Kaufkraft für alle das Wirtschaftswachstum sichern werde. Die «Win-Win-Situation» dieser Jahrzehnte hat sich mit der Globalisierung schlagartig verändert. Der Kreislauf ist erweitert worden. Unter-

nehmen produzieren immer mehr in Billiglohnländern und die internationalen Massstäbe im Bereich von Sozial- und Umweltpolitik drohen die gewachsenen Standards bei uns zu unterlaufen. In den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts fanden unter dem Schlagwort der «Deregulierung» wesentliche Veränderungen statt, die vor allem der Politik den zweiten Platz zuordnete.

Das Wachstum hinterlässt seine Spuren

Das Wachstumskonzept von damals hinterlässt auch seine sozialen Spuren. Der Zuwachs an Bedürfnissen hat nicht nur die Menschen verändert, sondern auch viele Mengenprobleme geschaffen, die nachhaltig negative Auswirkungen haben. Bedarfs- und bedürfnisorientierte Politik drohte dabei zum Bumerang zu werden, weil die Individualisierung der Bedürfnisse oft im Widerspruch zur Solidarität und dem Gemeinschaftsgefühl steht. Der «Kunde ist König» heisst das neoliberalen Muster. Während die Wirtschaft von diesem Verhaltensmuster weiterhin profitiert und der Konsum gesichert ist, gerät der Staat zusehends unter Druck. Es wird immer wieder verkannt, dass der Staat nicht Kunden, sondern Bürger- und Bürgerinneninteressen zu wahren hat. Dabei steht das Gemeinschaftliche im Vordergrund, die Rechtssicherheit, die Gleichbehandlung usw. und nicht nur die individuellen Erwartungen, wie sie im Wirtschaftssystem das Grundmuster bilden. Leider steht die Linke oft alleine für die Interessen des Staates ein, wehrt sich gegen Abbau und Umverteilung. Das wird immer ihre Aufgabe sein und daran muss sie festhalten, auch wenn der politische Wind eiskalt entgegenbläst.

Kein Ausweg ohne Begrenzungspolitik

Das Wachstum der Bedürfnisse hat unsere Gesellschaft an die Grenzen geführt.

Wachsende Anspruchshaltung haben zu Mengenproblemen, beispielsweise im Bereich der Mobilität oder des Gesundheitswesens, geführt. Begrenzungspolitik erfährt eine Neuauflage. In diesem Spannungsfeld stehen alle Parteien mit Widersprüchen noch und noch. So sagt die CVP beispielsweise aus Rücksicht auf die Urner Bevölkerung noch Nein zu einer zweiten Röhre am Gotthard, formuliert aber gleichzeitig auf Druck der Lastwagenlobby einen Planungsauftrag! Oder die FDP verlangt Milliarden an Steuergeldern für die Airline und will gleichzeitig Steuern senken! Die SP spricht sich zwar gegen Steuersenkungen aus, weil sie weiß, dass diese nur den Reichen nützen, findet aber kaum die richtigen Worte, dies auch so zu kommunizieren, dass die Leute mit dem kleinen Beutel erkennen, dass ein Steuerfranken von ihnen Dutzende der Reichen auslöst. Derweil springen Wählerinnen und Wähler jenen nach, die dem Volk nach dem Mund reden, aber noch kein Problem richtig gelöst haben.

Die Wirtschaftskonzepte der letzten Jahrzehnte haben uns Wohlstand gebracht, aber auch an Grenzen geführt: Linke Wirtschaftspolitik von heute setzt daher auf die Sicherstellung einer guten Grundversorgung, fördert ein sozialverträgliches Verursacherprinzip und verlangt Kostentransparenz im Einsatz und der Wirkung öffentlicher Gelder. Auch Instrumente wie Lenkungsabgaben und Anreize für sozial- und umweltverträgliches Verhalten von Einzelnen und Gruppen sind Bausteine einer linken Politik, die heute, morgen und übermorgen ihre Gültigkeit haben werden.

Die Politik muss das Primat zurückerhalten!

Keine Partei kann für sich allein bewirken, dass die Politik wieder das Primat in der Entscheidungsfindung erhält. Bündnisse sind gefragt. Aber: Verweigerung

**Bedarfs- und
bedürfnis-
orientierte Politik
ist dabei,
zum Bumerang
zu werden, weil
die Individualisie-
rung der Bedürf-
nis oft im
Widerspruch
zur Solidarität
steht.**

**Der Staat muss
als Unternehmer
handeln können,
wenn er die
Grundversorgung
nicht aus der
Hand geben will.**

oder Komplizenschaft bei der Suche nach mehrheitsfähigen Lösungen? Eine Frage, die immer wieder überprüft werden muss. Heute braucht die Schweiz eine Linke, die den «Wandel als Konstante» anerkennt und ihn mitgestaltet. Die Gratwanderung zwischen Ideologie und Pragmatismus gehört zum Alltag. Dennoch, die Linke muss offen sein für Ansprüche der Wirtschaft, für Konzepte zur Flexibilisierung. Mitgestalten ist Begrenzungspolitik! Wenn die Linke sich nicht kraftvoll und aktiv einmischt, sind sozialverträgliche Entwicklungskonzepte vom Tisch. Themen für ein konstruktives Miteinander sind da, die Chancen für eine Verlagerung hin zur Politik ebenfalls. Das Grounding der Swissair hat gezeigt, wie wichtig das Zusammenspiel zwischen Politik und Wirtschaft ist. Das Verhalten der Grossbanken macht Arbeitnehmende sensibler für die Ohnmacht ohne Politik und die negativen Beispiele in der Stromversorgung in den USA usw. haben viele Menschen in unserem Land hellhörig für das Ausgeliefertsein gemacht. Das ist die Chance der Linken! Der Staat muss als Unternehmer handeln können, wenn er die Grundversorgung nicht aus der Hand geben will. Das heisst aber auch, dass neue Strukturen, klare Delegationen mit Leistungsaufträgen und die Rolle der Politik als Leistungsbestellerin neu definiert werden muss. Wenn der Staat konkurrenzfähig sein soll, so können nicht alle Entscheide in den Parlamenten gefällt werden. Gefragt sind delegierte Verbindlichkeiten, wo sie von unternehmerischen Aufträgen her verlangt sind, und Vertrauen statt Misstrauen in politisch gewählte Behörden!

Wer mehr Wirtschaft will, muss mehr Staat wollen!

Eine gute Grundversorgung und eine umfassende Infrastrukturleistung gehören zu den unbestrittenen Standortvorteilen für ein kleines, exportorientiertes

Land wie die Schweiz. Wenn die Verkehrswege vielfältig und zuverlässig sind, wenn es genügend Fachpersonal gibt, entsteht auch ein positives Investitionsklima. Nicht die Höhe des Steuerfusses ist ausschlaggebend für Investorenentscheide, sondern eine veränderungswillige Politik, eine dialogbereite Verwaltung, gute Bildungsmöglichkeiten, anregende Kultur, Verbindlichkeit und multikulturelle Offenheit sind heute für ein Bestehen im globalisierten Umfeld entscheidender geworden. Die weichen Faktoren sind bedeutender geworden. Linke Wirtschaftspolitik muss an diesen Zusammenhängen arbeiten, Anregung bringen, Impulse setzen. Dass das in den politischen Mehrheitsverhältnissen oft schwierig ist, ist unbestritten. Immerhin haben auch die bürgerlichen Parteien ansatzweise diese Zusammenhänge erkannt. Meine Devise lautet darum: Wer mehr Wirtschaft will, muss mehr Staat wollen. Wer sich auf den Markt konzentrieren will, muss ein Interesse an einem starken und handlungsfähigen Staat haben, der einen guten Service public garantiert. Wer individuelle und kollektive Entwicklungspotenziale erschliessen will, muss der Bevölkerung eine gute Versorgungssicherheit bieten. Darauf ist die Wirtschaft mehr denn je angewiesen. Ob sich daraus ein neues «Win-Win-Bündnis» entwickelt? Konkrete Ansatzpunkte gibt es viele: von der ausserfamiliären Kinderbetreuung, über Initiativen in der Geschlechterfrage bis hin zur Kultur als Imageträgerin auch für die Wirtschaft.

Das Lebensgefühl von Herrn und Frau Schweizer wird aber nicht nur von den Aktienkursen, sondern auch von den Managementkonzepten der Wirtschaft beeinflusst. Die flexibilisierte Arbeitszeit bedeutet auch flexibilisierte Freizeit mit all ihren Auswirkungen auf Familie, Beziehungsfeld und Staat. Wer über die Zeit bestimmt, hat Macht. Die anstehende «Kolonialisierung der Macht» darf nicht

schleichend und ohne politischen Dialog geschehen. Die Diskussion zu den Ladenöffnungszeiten ist die Plattform dazu. Die Linke hat dabei nur dann eine starke Stimme, wenn sie nicht einfach «Nein» sagt, sondern Konzepte anzubieten hat, die massvolle Veränderungen auch sozialverträglich machen. Flexibles Rentenalter, Integrationspolitik sind weitere Themen, die von der Linken kreativ und mit viel Power bearbeitet werden. Darauf ist langfristig auch die bürgerliche Politik und die Wirtschaft angewiesen. Die Linke kann Impulse setzen, wenn sie sich zum Wandel bekennt und dialogfähig ist.

Theorie und Praxis im Widerspruch

Wunsch oder Realität? Für die Umsetzung einer sozialen Wirtschaftspolitik ge-

nügen gute Ideen alleine nicht. Die realen Machtverhältnisse und die Finanzstärke sind die entscheidenden Faktoren, von der die Linke weitgehend ausgeschlossen ist. Doch das Pendel bewegt sich. Die Bevölkerung hat genug von den Abzockern, hat die Nase voll von den Privatisierern, hat genug von den hohen Arztgehältern. Wenn die SP sich auf diese Themen konzentriert, kann sie mehr beeinflussen als sie glaubt. Es führt aber kein Weg an einer Wertediskussion über Konsum und Grundbedürfnisse vorbei. Dazu hat Werner Vontobel mit seinem Hinweis zu einer «Ökonomie des Glücks» vielleicht den Impuls gegeben!

Kathrin Hilber ist SP-Regierungsrätin Kt. St. Gallen.